



Sächsisches Amtsblatt

Nr. 48/2023

30. November 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Ergebnisse der Berechnungen nach § 2 Absatz 4 des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr vom 13. November 2023 1510

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Gewährung von Zuwendungen im Bereich des Tierschutzes (FRL Tierschutz) vom 14. November 2023 ... 1511

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Durchführung einer Online-Konsultation anstelle des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH am Standort Riesa Gz.: 44-8431/2402 vom 10. November 2023 1514

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Ergebnisse der Berechnungen nach § 2 Absatz 4 des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr

Vom 13. November 2023

Gemäß § 2 Absatz 6 des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 883), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden ist, gibt das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Ergebnisse der Berechnungen nach § 2 Absatz 4 des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr wie folgt bekannt:

Von dem Festbetrag nach § 1 Absatz 1 Satz 1 erhalten als weitere Mittel im Jahr 2024:

1. die Stadt Chemnitz	3 012 724 Euro
2. die Stadt Dresden	7 936 855 Euro
3. die Stadt Leipzig	7 868 717 Euro
4. der Landkreis Bautzen	4 228 737 Euro
5. der Erzgebirgskreis	3 746 325 Euro
6. der Landkreis Görlitz	4 007 552 Euro
7. der Landkreis Leipzig	3 511 629 Euro
8. der Landkreis Meißen	3 297 547 Euro
9. der Landkreis Mittelsachsen	3 975 345 Euro
10. der Landkreis Nordsachsen	4 047 539 Euro

11. der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3 515 710 Euro
12. der Vogtlandkreis	3 252 336 Euro
13. der Landkreis Zwickau	2 985 303 Euro

Zusätzlich zu dem Festbetrag nach § 1 Absatz 1 Satz 1 erhalten für das in § 1 Absatz 1a näher beschriebene Bildungsticket nach § 1 Absatz 1a Satz 7 im Jahr 2024:

1. die Stadt Chemnitz	2 719 737 Euro
2. die Stadt Dresden	7 164 996 Euro
3. die Stadt Leipzig	7 103 484 Euro
4. der Landkreis Bautzen	3 817 493 Euro
5. der Erzgebirgskreis	3 381 995 Euro
6. der Landkreis Görlitz	3 617 818 Euro
7. der Landkreis Leipzig	3 170 123 Euro
8. der Landkreis Meißen	2 976 860 Euro
9. der Landkreis Mittelsachsen	3 588 743 Euro
10. der Landkreis Nordsachsen	3 653 916 Euro
11. der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3 173 807 Euro
12. der Vogtlandkreis	2 936 046 Euro
13. der Landkreis Zwickau	2 694 982 Euro

Dresden, den 13. November 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Berger
Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Gewährung von Zuwendungen im Bereich des Tierschutzes (FRL Tierschutz)

Vom 14. November 2023

A. Allgemeine Regelungen

I. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und der haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, Zuwendungen im Bereich des Tierschutzes. Ziel ist eine Verbesserung der Aufnahme, Unterbringung und Pflege von Heimtieren und in Einzelfällen von Nutztieren.
2. Ein Anspruch der Antragsteller auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

II. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden

1. Investive Maßnahmen zur Verbesserung der verhaltensgerechten Unterbringung von entlaufenen, verlorenen, ausgesetzten oder unterzubringenden Heimtieren, nach Artikel 1 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren vom 13. November 1987 (BGBl. 1991 II S. 402) und in Einzelfällen von Nutztieren nach § 2 Nummer 1 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 2043), die zuletzt durch Artikel 1a der Verordnung vom 29. Januar 2021 (BGBl. I S. 146) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen (Großbuchstabe B Teil 1) sowie
2. sonstige Maßnahmen zur Verbesserung des Tierschutzes für Heimtiere nach Artikel 1 des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren und Nutztieren nach § 2 Nummer 1 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (Großbuchstabe B Teil 2).

III. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind gemeinnützige Tierschutzvereine mit Sitz im Freistaat Sachsen.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Zuwendungsfähig sind Maßnahmen, die ausschließlich im Freistaat Sachsen durchgeführt werden.
2. Vorhaben im Sinne von Großbuchstabe B Teil 1 Ziffer II müssen geeignet sein, die Unterbringung oder Pflege von Heimtieren unmittelbar zu verbessern. Sie müssen den Vorgaben gemäß § 2 des Tierschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 20 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und, sofern es um die Haltung von Hunden geht, der Tierschutz-Hundeverordnung vom 2. Mai 2001 (BGBl. I S. 838), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 25. November 2021 (BGBl. I S. 4970) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, entsprechen. Für das zu fördernde Vorhaben müssen alle notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen vorliegen. Steht bei Vorhaben im Sinne von Satz 1 das Grundstück nicht im Eigentum des Zuwendungsempfängers, muss dieser seine Berechtigung zur Durchführung des Vorhabens nachweisen.

V. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

1. Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt.
2. Zuwendungsfähig sind Investitionen zur Schaffung von Tierplätzen sowie Personal- und Sachausgaben.
3. Abweichend von Nummer 1.2 Satz 1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung können Zuwendungen auch bewilligt werden, wenn die Zuwendung im Einzelfall weniger als 2 500 Euro beträgt.

4. Nicht zuwendungsfähig sind Personal- und Sachausgaben, die im Zusammenhang mit der Bestellung oder Einführung von Tieren aus dem Ausland zum Zweck der entgeltlichen Abgabe an Dritte entstehen (sogenannter Auslandstierschutz).

VI. Verfahren

1. Bewilligungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen.
2. Die Zuwendung ist bei der Bewilligungsbehörde unter Verwendung der vorgegebenen Formulare und erforderlichen Nachweise schriftlich oder entsprechend § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, elektronisch zu beantragen. Der Nachweis der Zuwendungsvoraussetzungen erfolgt durch Eigenerklärung im Antragsformular. Die jeweils geltenden Formulare, Vordrucke und Erklärungen sind im Internet unter www.lids.sachsen.de veröffentlicht.
3. Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie die dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

VII. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, an einer Evaluation des Förderverfahrens teilzunehmen.

B. Besondere Regelungen

Teil 1 Investive Maßnahmen zur Verbesserung der verhaltensgerechten Unterbringung von Tieren

I. Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Unterbringung und Pflege von entlaufenen, verlorenen, ausgesetzten oder unterzubringenden Heimtieren und in Einzelfällen von Nutztieren in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Tierschutzgesetzes. Durch die Förderung soll die Zahl der Tierheimplätze zumindest erhalten werden und soweit erforderlich sollen weitere Tierheimplätze geschaffen werden. Außerdem soll sichergestellt werden, dass die Tierheime weiterbetrieben werden können, indem sie so in Stand gesetzt werden, dass sie den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes, der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung und Tierschutz-Hundeverordnung, in der jeweils geltenden Fassung, entsprechen.

II. Gegenstand der Förderung

1. Gefördert werden Investitionen zur Schaffung von Plätzen in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen:
 - a) Neu-, Erweiterungs-, Aus- und Umbauten,
 - b) Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen,
 - c) bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der hygienischen Funktionalität und
 - d) bauliche Maßnahmen zur Schaffung, zum Ausbau und zur Verbesserung von Quarantäneplätzen.
2. Die Bewilligungsbehörde kann im Benehmen mit dem Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in begründeten Einzelfällen wie Bränden, Naturkatastrophen oder fehlender Möglichkeiten zum Anschluss des Tierheimes an die öffentliche Versorgung zur Erreichung des unter Ziffer I genannten Zweckes auch für andere Vorhaben Fördermittel bereitstellen, um den Betrieb des Tierheimes oder einer ähnlichen Einrichtung zu erhalten.
3. Nicht zuwendungsfähig sind Investitionen für die Unterbringung von vom Tierschutzverein importierten, ausländischen Heimtieren.

III. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

1. Die Höhe der Zuwendung beträgt in der Regel 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Zuwendung darf 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht übersteigen.
2. Die Kommunen sollen sich an den Maßnahmen finanziell beteiligen.
3. Für Maßnahmen mit zuwendungsfähigen Ausgaben über 10 000 Euro ist durch die Bewilligungsbehörde das Benehmen des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt herzustellen.

IV. Verfahren

1. Für Vorhaben innerhalb eines Kalenderjahres ist bei der Bewilligungsbehörde schriftlich ein Antrag bis spätestens 15. März des jeweiligen Kalenderjahres (Datum Antragseingang bei der Bewilligungsbehörde) unter Verwendung des vorgeschriebenen Formulars zu stellen.
2. Nach der Frist eingegangene Anträge können nur nachrangig zu den innerhalb der Frist eingegangenen Anträgen berücksichtigt werden.
3. Für die Auszahlung der Zuwendung findet abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.

Teil 2
**Sonstige Maßnahmen zur Verbesserung
des Tierschutzes für Heimtiere**

I.
Zuwendungszweck

Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Aufnahme und Unterbringung von Heimtieren und in Einzelfällen von Nutztieren, also eine verbesserte Gesundheit, Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung der entlaufenen, verlorenen, ausgesetzten oder unterzubringenden Heimtiere in Tierheimen und ähnlichen Einrichtungen nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Tierschutzgesetzes, zu erreichen und nach § 13b Satz 4 des Tierschutzgesetzes Mittel für die Kastration von Kater und Kätzin zur Gesunderhaltung freilebender Katzenpopulationen bereit zu stellen.

II.
Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Maßnahmen:

1. zum Betrieb des Tierheimes oder einer ähnlichen Einrichtung,
2. zur Beschaffung von Tierbedarfsgegenständen und Tierfanggeräten,
3. zur Beschaffung von Futtermitteln für entlaufene, verlorene, ausgesetzte oder unterzubringende Heimtiere,
4. zur Kastration von Kater und Kätzin einschließlich der Kennzeichnung mit Transponder und
5. der Impfungen gegen Zoonosen für im Tierheim tätige Personen.

III.
Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

Zuwendungsfähig sind:

1. Personalausgaben, für den Betrieb eines Tierheims oder einer ähnlichen Einrichtung,
2. Sachausgaben
 - a) für den Betrieb des Tierheims oder einer ähnlichen Einrichtung wie Strom, Wasser, Abwasser, Heizung, Miete und Telefon- und Internetanschluss entsprechend der Grundlage der Abrechnung des Vorjahres,
 - b) für Beförderung von Tieren zur tierärztlichen Behandlung als Wegstreckenentschädigung nach § 5 Absatz 3 des Sächsischen Reisekostengesetzes vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 876), das zuletzt durch das Gesetz vom 17. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 246) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 - c) für Fortbildungen im Bereich Tierschutz,
 - d) für Impfungen gegen Zoonosen für im Tierheim tätige Personen, die Gebühren der Gebührenordnung für Ärzte in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Februar 1996 (BGBl. I S. 210), die zuletzt durch Artikel 3b des Gesetzes vom 19. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 197) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und die Kosten für die Impfstoffe,

- e) für die Beschaffung von Tierbedarfsgegenständen und Tierfanggeräten sowie Futtermittel und
- f) die Gebühren nach § 2 Absatz 1 und § 3 der Tierärztegebührenordnung vom 15. August 2022 (BGBl. I S. 1401), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 70) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, für die Kastration von Kater und Kätzin einschließlich der Kennzeichnung mit Transponder.

3. Bei Personalausgaben nach Nummer 1 und Sachausgaben nach Nummer 2 Buchstabe a bis c beträgt die Höhe der Zuwendung 30 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens jedoch 10 000 Euro pro eingetragenen, gemeinnützigen Tierschutzverein pro Jahr.
4. Bei den Sachausgaben nach Nummer 2 Buchstabe d bis f beträgt die Höhe der Zuwendung in der Regel 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Zuwendung darf 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht übersteigen.

IV.
Verfahren

1. Der Antrag für Personalausgaben nach Ziffer III Nummer 1 und Sachausgaben nach Ziffer III Nummer 2 soll bis 15. März des jeweiligen Kalenderjahres (Datum Antragseingang bei der Bewilligungsbehörde) unter Verwendung des vorgeschriebenen Formulars gestellt werden. Nach der Frist eingegangene Anträge können nur nachrangig zu den innerhalb der Frist eingegangenen Anträgen berücksichtigt werden.
2. Für die Auszahlung der Zuwendung findet abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.

C.
Übergangsbestimmungen

Die bis zum 15. März 2023 eingegangenen Anträge auf Impfungen gegen Zoonosen nach Großbuchstabe B Teil 2 Ziffer II Nummer 5 der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Gewährung von Zuwendungen im Bereich des Tierschutzes vom 14. Juli 2022 (SächsABl. S. 906) werden auch für Heimtiere gewährt.

D.
Inkrafttreten und Außerkrafttreten

1. Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die FRL Tierschutz vom 14. Juli 2022 (SächsABl. S. 906) außer Kraft.
2. Die Regelungen nach Großbuchstabe B Teil 1 treten mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft.

Dresden, den 14. November 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

über die Durchführung einer Online-Konsultation anstelle des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes- Immissionsschutzgesetz zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH am Standort Riesa

Gz.: 44-8431/2402

Vom 10. November 2023

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 7. Juni 2023 wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren anstelle des Erörterungstermins gemäß § 10 Absatz 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes eine Online-Konsultation nach § 5 Absatz 1, 3 und 4 des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) für das Vorhaben zur wesentlichen Änderung des Stahl- und Walzwerkes der ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH am Standort in 01591 Riesa, Gröbaer Straße 3, angekündigt.

Die Durchführung der ersatzweisen Online-Konsultation wird hiermit gemäß § 5 Absatz 3 Satz 2 PlanSiG in Verbindung mit § 73 Absatz 6 Satz 2 bis 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes öffentlich bekannt gemacht.

Die Online-Konsultation dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben erhobenen Einwendungen zu behandeln. Die Einwendungsbehandlung erfolgt, wenn und soweit die Einwendungen für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein können. Zur aktiven Teilnahme an der Online-Konsultation berechtigt sind alle, die rechtzeitig Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben.

Für die Online-Konsultation werden den Teilnahmeberechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 PlanSiG zugänglich gemacht. Diese umfassen eine Einführung zur Online-Konsultation und die Stellungnahmen der am Verfahren Beteiligten sowie der Antragstellerin, die sich mit den eingegangenen Einwendungen auseinandersetzen. Daneben werden die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, zur Verfügung gestellt.

Die Bereitstellung dieser Dokumente erfolgt ab dem **8. Dezember 2023 bis einschließlich 5. Januar 2024** über die SiDaS-Cloud der Sächsischen Landesverwaltung.

Außerdem erfolgt die Bereitstellung der sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen an folgenden Stellen zeitgleich in Papierform

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250, Zimmer 4090
Montag Donnerstag 7:30 Uhr–16:00 Uhr
Freitag 7:30 Uhr–13:00 Uhr.

2. Stadtverwaltung Riesa, Stadtarchiv, Goethestraße 66 in 01589 Riesa, Tel. 03525 634000

Montag	9:00 Uhr–12:00 Uhr und 13:00 Uhr–15:00 Uhr
Dienstag	9:00 Uhr–12:00 Uhr und 13:00 Uhr–15:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	9:00 Uhr–12:00 Uhr und 13:00 Uhr–15:00 Uhr
Freitag	9:00 Uhr–12:00 Uhr

Es wird für Einsichtnahmen in die in Papierform ausgelegten Dokumente eine vorherige Anmeldung während der Dienststunden unter den oben angegebenen Kontaktdaten empfohlen. Im Zeitraum 27. Dezember 2023 bis 29. Dezember 2023 ist die Stadtverwaltung Riesa aufgrund von Betriebsruhe geschlossen.

Den Einwendern wurden die Durchführung der Online-Konsultation sowie die Zugangsdaten für die SiDaS-Cloud separat per Post mitgeteilt.

Da bei einem Erörterungstermin die Öffentlichkeit zugelassen wäre, können auch Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, Einsicht in die Dokumente nehmen. Dies kann bei den oben genannten Behörden oder durch Beantragung der Übersendung der Dokumente bei der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250, lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, erfolgen.

Die Personen, die keine Einwendungen erhoben haben, sind jedoch nicht berechtigt, sich zu den Dokumenten der Online-Konsultation zu äußern.

Den zur aktiven Teilnahme an der Online-Konsultation Berechtigten wird Gelegenheit gegeben, sich in der Zeit **vom 8. Dezember 2023 bis einschließlich 5. Januar 2024** schriftlich gegenüber den oben genannten Behörden oder elektronisch per E-Mail unter lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, oder info@stadt-riesa.de zu den sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Belangen zu äußern.

Mit der Möglichkeit zur erneuten Äußerung im Rahmen der Online-Konsultation wird keine neue, zusätzliche Einwendungsmöglichkeit eröffnet. Die Regelungen über die Online-Konsultation lassen einen bereits eingetretenen Ausschluss von Einwendungen unberührt (§ 5 Absatz 4 Satz 4 PlanSiG). Die Teilnahme an der Online-Konsultation ist nicht verpflichtend. Es kann auch ohne die Mitwirkung eines zur Teilnahme Berechtigten entschieden werden.

Zur Erfüllung der Voraussetzungen nach § 5 Absatz 4 PlanSiG ist es ausreichend, wenn den zur Teilnahme Berechtigten einmalig Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Unabhängig von einer Teilnahme an der Online-Konsultation wird die Genehmigungsbehörde die in den Einwendungsschreiben vorgebrachten Einwendungen prüfen und darüber entscheiden.

Beiträge im Rahmen der Online-Konsultation werden der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, zur Verfügung gestellt, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift vor der Weitergabe unkenntlich gemacht, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Mit dem Abschluss der Online-Konsultation ist die Öffentlichkeitsbeteiligung im Genehmigungsverfahren beendet.

Fragen zur Online-Konsultation können von Montag bis Freitag in der Zeit von 9:00 Uhr bis 17:00 Uhr per Telefon: 0351-8254410 oder per E-Mail: lds-umweltschutz@lds.sachsen.de, an die Landesdirektion Sachsen gerichtet werden.

Diese Bekanntmachung ist vom **30. November 2023** bis einschließlich **5. Januar 2024** auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> einsehbar.

Dresden, den 10. November 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

23. November 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 